



HESSISCHER LANDTAG

10. 04. 2025

Kleine Anfrage

Robert Lambrou (AfD), Pascal Schleich (AfD) und Bernd Erich Vohl (AfD)
vom 05.03.2025

Anschlag in Hanau – Aussagen von Armin K. in einem Fernsehbericht des WDR am 16.02.2025 über Ministerpräsident Boris Rhein

und

Antwort

Chef der Staatskanzlei

Vorbemerkung Fragesteller:

Beim Anschlag in Hanau am 19.02.2020 erschoss der 43-jährige Tobias R. neun Menschen mit Migrationshintergrund, danach seine Mutter und sich selbst. Das Bundeskriminalamt (BKA) stufte die Morde des von paranoiden Wahnvorstellungen geprägten Täters als rechtsextrem und rassistisch motiviert ein. In einem Fernsehbericht der Sendung „Aktuelle Stunde“ des WDR am 16.02.2025 äußerte sich Armin K., der Vater des beim Anschlag in Hanau ermordeten Hamza K., wie folgt: „Der Ministerpräsident von Hessen hat uns, unserer Familie vor zwei Jahren, haben wir ihn getroffen, er hat uns zugesagt, den Fall abzugeben an ein auswärtiges Landeskriminalamt, und damit auswärtige Staatsanwaltschaft. Es ist nicht passiert. Seit da an meldet er sich nicht, er beantwortet keine Briefe mehr und dann schickt er uns eine Einladung, wir sollen zum fünfjährigen Gedenken kommen.“ Quelle: (⇒ <https://www1.wdr.de/fernsehen/aktuelle-stunde/alle-videos/aktuelle-stunde-clip-aktuelle-stunde--16-02-2025-100.html>)

Diese Vorbemerkung des Fragestellers vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

- Frage 1 Hat Ministerpräsident Boris Rhein Armin K. zugesagt, den Fall an ein „auswärtiges Landeskriminalamt“ abzugeben?
- Frage 2 Wenn die Antwort auf Frage 1 ja lautet, warum wurde der Fall nicht an ein „auswärtiges Landeskriminalamt“ abgegeben?
- Frage 3 Stimmt es, dass Ministerpräsident Boris Rhein auf Briefe von Armin K. nicht mehr antwortet?
- Frage 4 Wenn die Antwort auf Frage 3 ja lautet:
Seit wann antwortet Ministerpräsident Boris Rhein nicht mehr auf Briefe von Armin K.?
- Frage 5 Wenn die Antwort auf Frage 3 ja lautet:
Warum antwortet Ministerpräsident Boris Rhein nicht mehr auf Briefe von Armin K.?

Die Fragen 1 bis 5 werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Landesregierung stand auf vielfältige und unterschiedliche Weise im Kontakt und im Austausch mit den Hinterbliebenen des schrecklichen Anschlags von Hanau.

Alle ergriffenen Maßnahmen erfolgten wie in jedem Verfahren im Rahmen der rechtsstaatlichen Möglichkeiten unter Ausschöpfung aller zur bestmöglichen Aufklärung geeigneten Mittel.

Über die Inhalte individueller Korrespondenz mit den Betroffenen, auch zu den Briefen von Herrn K., äußert sich die Staatskanzlei öffentlich nicht.

Wiesbaden, 4. April 2025

Benedikt Kuhn